

Marcel Luthe (Freie Wähler) und Thilo Sarrazin im Strandbad Wannsee

BERLIN – Der frühere FDP-Abgeordnete Marcel Luthe, der jetzt Berliner Spitzenkandidat für die Freien Wähler ist, zählt zu den bekanntesten Gesichtern der Landespolitik. Wenn es um Freiheit und um Innere Sicherheit geht, wird seine Stimme auch als zeitweise parlamentarischer Einzelkämpfer in Berlin gehört.

Heute Abend um 20 Uhr stellt Luthe sein Buch „Sanierungsfall Berlin“ im Strandbad Wannsee vor. Veranstalter ist das überparteiliche liberal-konservative „Forum Mittelstand“.

Am Abend soll es um Themen wie den Flughafen BER, der angebliche Kampf gegen die organisierte Kriminalität und eine dysfunktionale Verwaltung gehen. Die eigentliche Vorstellung des Buches übernimmt der frühere Berliner Finanzsenator und Bestsellerautor Thilo Sarrazin („Foto“, früher SPD).

Die Veranstaltung ist öffentlich. Eintritt wird nicht erhoben. Einlass erfolgt unter Covid-19 bedingten Auflagen: Geimpft, getestet oder genesen. Im Eingangsbereich hat bis 20 Uhr eine Teststation geöffnet. Anhänger im Verfassungsschutzbericht erwähnter Organisationen gleich welche Couleur sind unerwünscht. Es wird frühzeitiges Erscheinen empfohlen.

Das Strandbad Weißensee ist mit dem öffentlichen Nahverkehr am besten über die Tramlinien M 4, M 13, M 12 – Haltestelle „Weißer See“, die Tramlinie M 27 – Haltestelle „Buschallee“ oder die Buslinien 156 und 255 – Haltestelle „Weißer See“ zu erreichen. Autofahrer finden Parkmöglichkeiten in der Indira-Gandhi-Straße, der Hansastrasse sowie einen großen Parkplatz an der Ecke der beiden Straßen.

Berliner Hochschulen planen Präsenzlehre im Wintersemester

BERLIN – Die Berliner Hochschulen planen eigenen Angaben zufolge für das anstehende Wintersemester 2021/2022 mit einer Rückkehr der Studierenden in die Hörsäle.

«Im Wintersemester werden an den staatlichen, konfessionellen und privaten Hochschulen in Berlin wieder rund 200.000 Studierende erwartet», teilten die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung sowie die Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen mit. Mit so vielen Eingeschriebenen rechnen die Institute für das Semester.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) appellierte indes eindringlich in einem Brief an die Studierenden, sich impfen zu lassen. «Mit drei Semestern nahezu gänzlich im Online-Studium und mit dem Verzicht auf Vieles, was das Studierendenleben ausmacht, haben Sie seit dem Ausbruch der Pandemie unter schwierigen Bedingungen einen großen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise geleistet», heißt es darin. «Das verdient großen Respekt und dafür möchte ich Ihnen heute nochmals herzlich danken.»

Für die Rückkehr an die Uni sei eine hohe Impfquote die beste Grundlage. «Mit einer Impfung schützen Sie sich und Ihr Umfeld, und Sie unterstützen damit die Rückkehr auf den Campus im kommenden Wintersemester», schrieb Müller.

Zehntausende fordern in Berlin auf Fahrrädern Verkehrswende

BERLIN – Mit einer Sternfahrt durch weite Teile Berlins haben am Sonntag Zehntausende Menschen mit ihren Fahrrädern für eine Verkehrswende protestiert. Die traditionelle Fahrrad-Sternfahrt des Fahrradclubs ADFC stand unter dem Motto: «Die Zukunft beginnt heute – Verkehrswende jetzt».

Der ADFC, der pandemiebedingt mit bis zu 15.000 Menschen gerechnet hatte, sprach am Sonntag von rund 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Polizei sprach entsprechend von einer niedrigen fünfstelligen Zahl. Auf Videos und Bildern war zu sehen, dass sich die Protestierenden weitgehend an die vom Verband vorgegebene Maskenpflicht hielten.

Autofahrer haben das Nachsehen

Von mehr als einem Dutzend Startpunkten am Stadtrand aus fuhren die Radler auf mehreren Strecken in Richtung Innenstadt zur Abschlusskundgebung zwischen Großem Stern und Brandenburger Tor. Auch aus Brandenburg machten sich Fahrradkolonnen auf den Weg nach Berlin. Teile der Strecken führten auch über die Autobahn Avus im Westen Berlins und über die Stadtautobahn in Tempelhof und Neukölln. Wegen vieler Straßensperren mussten Autofahrer große Umleitungen in Kauf nehmen.

Anlässe für die Sternfahrt am ersten Wochenende im Juni sind der Weltfahrradtag am 3. Juni sowie der Welttag der Umwelt am 5. Juni, wie der ADFC mitteilte. In Berlin gebe es «deutlichen

Verbesserungsbedarf fürs Rad». Der Verband forderte eine konsequente Umsetzung des Mobilitätsgesetzes, das Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln in der Verkehrsplanung Vorrang gibt vor dem Autoverkehr. Autoparkplätze sollten umgewidmet werden, um Platz zu schaffen für sicheres Radfahren. Der laute und oft viel zu schnelle Durchgangsverkehr müsse «aus den Kiezen raus».

Rechnungshof hat keine Beanstandungen bei AfD-Fraktion

BERLIN – Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat sich heute mit der Stellungnahme des Rechnungshofes des Landes Berlin zu ihren Finanzen befasst. Der Fraktionsvorstand informierte die Abgeordneten, dass durch den Rechnungshof festgestellt worden sei, dass die Fraktion den gesetzlichen Anforderungen im vollen Umfang nachgekommen sei. Es gäbe keinerlei Rückforderungen.

Laut aktuellem Bericht des Fraktionsgeschäftsführers Friedrich Hilse wird die Fraktion bis zum Ende der laufenden Wahlperiode auf Grund der Coronakrise einen Überschuss erzielen, der im hohen sechsstelligen, voraussichtlich sogar im siebenstelligen Bereich liegen wird. Die gesparten Beträge werden der neuen Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus nach den Wahlen am 26. September 2021 für die neue Legislaturperiode zur Verfügung stehen.

Die Fraktion war vom Rechnungshof im Spätsommer 2020 aufgefordert worden, die erforderlichen Unterlagen zur Prüfung der Ausgaben der Fraktion in den Jahren 2017 bis 2019 dem

Rechnungshof zur Verfügung zu stellen.

Trotz Demo-Verboten: Kleinere Corona-Proteste in Berlin

BERLIN – Nach dem Verbot von zwei Demonstrationen von Gegnern der Corona-Politik in Berlin hat die Polizei am Samstag große Versammlungen zunächst verhindert. Ursprünglich waren 16.000 Menschen angemeldet gewesen.

Bis zum Nachmittag waren nach Schätzungen Hunderte Menschen nahe dem Brandenburger Tor und im Tiergarten unterwegs. Nahe dem Potsdamer Platz versammelten sich hartnäckig größere Gruppen. Sie wurden mit Lautsprecherdurchsagen immer wieder aufgefordert, zu gehen und sich an die Corona-Regeln zu halten. Viele trugen keine Masken und hielten Abstände nicht ein.

Die Polizei stoppte Reisebusse und erteilte Platzverweise. Sie sperrte mit Gittern das Brandenburger Tor, die Siegessäule und die Straße des 17. Juni ab. Am Rande des Tiergartens war zu sehen, wie die Beamten die Personalien von Demonstranten aufnahmen. Nach Angaben der Polizei mussten bis zum frühen Nachmittag knapp hundert Menschen «in ihrer Freiheit vorübergehend beschränkt» werden. «Dazu zählten insbesondere Personenüberprüfungen und Platzverweise nach verschiedenen Verstößen», twitterte die Polizei. Später hieß es, es habe auch Festnahmen gegeben.

Am Freitagabend hatte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg das Verbot von zwei Demonstrationen bestätigt. Die negativen Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit mit dem zu erwartenden Teilnehmerkreis aus der «Querdenker-Szene» rechtfertige die Annahme, dass gerade an den prominenten Orten

der Stadt die notwendigen Hygienemaßnahmen nicht eingehalten würden, so das OVG.

Im Internetkanal Telegram hieß es am Samstag zu der unter «Pfingsten in Berlin» laufenden Aktion: «Wir geben nicht auf!» Auf Transparenten machten Demonstranten gegen die Bundespolitik Stimmung, Politiker wurden mit einer Puppen-Installation verhöhnt. Vertreten waren junge und alte Menschen, die Stimmung wirkte überwiegend friedlich, die Szenerie eher alternativ.

Die Demonstrationen waren für Samstag und Sonntag mit dem Titel «Für Frieden, Freiheit und Grundrechte» und jeweils 16.000 Teilnehmern angemeldet worden. Die Polizei hatte eine Reihe von Demonstrationen am Pfingstwochenende in der Hauptstadt mit der Begründung untersagt, frühere Kundgebungen hätten gezeigt, dass die Demonstranten bewusst die vorgeschriebenen Masken und Abstände ignorieren würden. Alle Verbote wurden von den Gerichts-Instanzen bestätigt.

Ungeachtet der Gerichtsentscheidung plante die Polizei einen Großeinsatz mit rund 3000 Polizisten am Wochenende. Unterstützung kam aus anderen Bundesländern und von der Bundespolizei. Man müsse sich auch darauf einstellen, dass sich Demonstranten nicht an Verbote hielten, hieß es vorab.

Zehnfache Kosten für ZOB – IT ein Witz: Jahresbericht des Rechnungshofs vorgestellt

BERLIN – «Seit Jahren leidet die Berliner Verwaltung an einer uneinheitlichen, teilweise veralteten Technik», beklagte die

Präsidentin des Rechnungshofs, Karin Klingen, heute bei der Vorstellung des ersten Teils des Jahresberichts ihrer Behörde. «Die Auswirkungen sind gerade in der aktuellen Situation deutlich zu spüren.»

Der Senat hatte 2016 beschlossen, die unterschiedlichen IT-Systeme in den Berliner Verwaltungen an einen zentralen IT-Dienstleister zu übertragen. Dieser sollte bis Ende des kommenden Jahres 40 000 Arbeitsplätze betreiben. Doch auch fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes sei «eine vollständige Migration durch keine einzige Behörde erfolgt», teilte der Rechnungshof mit.

Die Senatsverwaltung für Inneres habe es versäumt, erforderliche Daten über die unterschiedlichen IT-Systeme der Behörden zu erheben, heißt es in dem Bericht. Es fehle zudem eine Übersicht über den Finanzierungsbedarf, kritisierte Klingen. Neben der IT-Übertragung bemängelte der Rechnungshof stark gestiegene Baukosten und Verzögerungen beim Umbau des ZOB: Die Kosten hätten sich von ursprünglich geplanten 3,7 Millionen Euro auf 39 Millionen Euro verzehnfacht.

Die Haushaltsexpertin der AfD-Abgeordnetenfraktion, Kirstin Brinker, führte die Liste der Mängel fort. Der rotrotgrüne Senat verschleudere weiter das Geld der Berliner, sagte sie und monierte, dass bei der Hälfte der 110.000 Landesbediensteten nie der Bedarf ermittelt wurde, obwohl die Personalkosten fast ein Drittel des Landshaushaltes ausmachen. Hier bestehe dringender Nachholbedarf, auch um auszuschließen, „dass rotrotgrüne Parteigenossen mit gut dotierten Posten versorgt“ würden.

**Marcel Luthe Spitzenkandidat
der Freien Wähler (FW) fürs**

Abgeordnetenhaus

BERLIN – Der ehemalige FDP-Politiker und Innenexperte im Berliner Abgeordnetenhaus, Marcel Luthe, hat eine neue politische Heimat. Der Berliner Landesverband der Freien Wähler (FW) wählte Luthe am Samstagnachmittag auf den ersten Platz der Landesliste für die Wahl zum Abgeordnetenhaus. Luthe hatte nach einem lang andauernden Streit mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Sebastian Czaja erst die Fraktion und dann auch die Partei verlassen.

Claudia Pechstein mit 90,3 Prozent auf Platz 6 der Berliner CDU-Liste gewählt

BERLIN – Nun ist es perfekt: Die fünfmalige Eisschnelllauf-Olympiasiegerin Claudia Pechstein wird für die CDU im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick bei der Bundestagswahl antreten. Der Berliner Landesverband setzte sie heute auf einem digitalen Parteitag mit einer Zustimmung von 90,3 Prozent auf den aussichtsreichen Listenplatz 6. Pikant: Die aus dem früheren Ostberlin stammende 49-Jährige tritt dabei im direkten Duell im Wahlkreis gegen den Linke-Politiker Gregor Gysi an.

In ihrer Vorstellungsrede stellte die in Marzahn geborene und seit zehn Jahren in Köpenick lebende Jung-Politikerin (49) das Thema Leistung in den Mittelpunkt.

„Als Spitzensportlerin ist mein Leben geprägt vom Leistungsgedanken“, gab sie zu und bekannte auch, dass es der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl war, der bei ihr erste Sympathien für die CDU weckte.

„Ich bin kein Politprofi und werde es so schnell auch nicht werden, wie Sie an diesem Auftritt sicherlich merken“, scherzte sie, denn ihr Auftritt war nahezu perfekt. Pechstein stellte dann aber auch klar:

„Jeder, der mich ein wenig kennt, weiß dass ich meine Meinung sage, wenn ich gefragt werde. Und auch dann dazu stehe, wenn es unbequem wird.“

Auch das eine deutliche Ansage, dass sie bei einem durchaus möglichen Einzug in den Deutschen Bundestag nicht vorhat, es sich dann dort in einer hinteren Reihe gemütlich zu machen.

Gerade in der heutigen Zeit hätten viele Menschen um sie herum existenzielle Probleme. Und es sei 100 Mal wichtiger, dass Politiker hier für Verbesserungen sorgten, als „*darüber nachzudenken, wo wir das nächste Gendersternchen setzen, ob ein Konzert noch deutscher Liederabend heißen darf oder ob es uns noch erlaubt ist, Indianerhäuptling zu sagen.*“

Sie sei nicht so vermesssen, anzunehmen, dass es ihr gelingen könne, Gregor Gysi den Wahlkreis abzujagen. Aber sie werde kämpfen, damit die CDU in ganz Berlin wieder spürbar zulege: „*Lassen Sie uns alle gemeinsam im September Gold gewinnen!*“

Foto: (v.l.) CDU-Generalsekretär Stefan Evers, Claudia Pechstein und Maik Penn, CDU-Kreisvorsitzender in Treptow-Köpenick

Berliner AfD-Chefin zufrieden mit Dresdner Parteitag

BERLIN – Die neue Berliner AfD-Landesvorsitzende Dr. Kristin Brinker (Foto) hat ein positives Fazit des AfD-Bundesparteitages in Dresden gezogen. Am Abend sagte sie: „Der Bundesparteitag hat gezeigt, dass die AfD nach wie vor Basisdemokratie lebt. Dazu gehört sowohl die Entscheidung, die Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl per Mitgliedervotum zu bestimmen, als auch die ausgiebig diskutierten Änderungsanträge zum Bundeswahlprogramm.“ Aus Brinkers Sicht stelle das beschlossene Programm „eine gute Grundlage für unseren Wahlkampf dar.“

Satte Bußgelder wegen illegaler Ferienwohnungen in Berlin

BERLIN – Gegen Anbieter ungenehmigter Ferienwohnungen haben Berliner Bezirke seit 2018 Bußgelder in Millionenhöhe verhängt.

Alleine in sieben Bezirken der Hauptstadt belief sich die Summe auf 3,4 Millionen Euro. Den größten Anteil daran hält Friedrichshain-Kreuzberg.

Wer seine Wohnung als Ferienwohnung vermieten will, benötigt

in Berlin dafür seit 2014 eine Genehmigung. Das entsprechende Gesetz wurde 2018 vom Senat noch verschärft. Seither brauchen auch diejenigen Anbieter zumindest eine Registriernummer, die lediglich ein Zimmer an Touristen untervermieten wollen. Eine darüber hinaus gehende Genehmigung benötigen sie dann, wenn das Zimmer mindestens halb so groß ist, wie die gesamte Wohnung.

Hunderte Registriernummern wurden in den Bezirken seither vergeben. Sie sollen auf den Portalen den Nachweis liefern, ob es sich um ein legales Angebot handelt. Doch aus Sicht der Bezirke funktioniert das nach wie vor nur unzureichend. «Bedauerlicherweise veröffentlichen die Onlineportale die Angebote nach wie vor, auch ohne Angabe der Registriernummer», heißt es etwa vom Bezirksamt Mitte.

Das größte Online-Portal in Berlin, Airbnb, weist die Kritik der Bezirke zurück und fordert vor allem ein Online-Verfahren zur Vergabe der Registriernummer. Ein solches Online-Verfahren gebe es etwa bereits in Hamburg. «Bereits einen Monat nach Inkrafttreten des digitalen Registrierungssystems wurden dort mehr Registrierungsnummern ausgestellt, als in Berlin innerhalb eines Jahres», hieß es weiter von Airbnb. Der Berliner Senat verweist hingegen auf unterschiedliche Genehmigungsbedingungen in der Hansestadt.

Der Senat verschärfte Mitte Februar das Gesetz noch einmal. Künftig sollen Online-Portale in der Hauptstadt Angebote ohne vorhandene Registriernummer nicht veröffentlichen dürfen. Zudem soll nun jeder Anbieter eine solche Nummer beantragen müssen – unabhängig von der Größe des Zimmers oder ob es sich um einen privaten oder gewerblichen Mieter handelt. Noch muss das Gesetz im Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Wann es in Kraft tritt, ist noch unklar.